

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2024

Deutsche Wirtschaft kränkelt – Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel

In ihrer aktuellen Gemeinschaftsdiagnose prognostizieren die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für die heimische Wirtschaft eine Fortsetzung der konjunkturellen Schwächephase. Strukturelle und konjunkturelle Faktoren überlagern sich in Deutschland zunehmend und bremsen das Wachstum aus. Lichtblicke stellen für dieses Jahr eine anziehende Kaufkraft der privaten Haushalte und für nächstes Jahr eine steigende Auslandsnachfrage dar.

1. Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft hat sich im vergangenen Jahr insgesamt robust entwickelt, allerdings befindet sich die Industrie in vielen Regionen in einer Schwächephase. Die Prognosen für das laufende Jahr hellen sich zunehmend auf. Niedrigere Energiepreise und eine in weiten Teilen der Welt wieder anziehende Kaufkraft der privaten Haushalte stützen Aktienkurse und Stimmungsindikatoren. Hemmend wirken gleichzeitig weiterhin hohe Zinsen, geopolitische Unsicherheiten und die nach wie vor schwelende Immobilienkrise in China. Dies bremst den internationalen Handel, insbesondere bei Vorleistungs- und Investitionsgütern.

Bedeutsam für die konjunkturelle Erholung sind rückläufige Inflationsraten – insbesondere in Europa und den USA. Diese stärken die Kaufkraft der privaten Haushalte und nähren die Hoffnung auf künftige Zinssenkungen durch die Zentralbanken. Ursächlich für die moderateren Preissteigerungen sind niedrigere Energiepreise und teils rückläufige Preise für Industriegüter – vor allem aus China. Inwieweit sich die Dynamik fortsetzt und die Inflationsraten weiter sinken, hängt eng mit der Lohnentwicklung in Europa und den USA ab. In beiden Regionen steigen die nominalen Löhne zurzeit kräftig an und drohen den Inflationsdruck wieder zu erhöhen.

Der weltweite Warenhandel ging im Jahr 2023 um knapp zwei Prozent zurück. Die Institute sehen einen längerfristigen Trend hin zu einem geringeren Anteil des Welthandels am globalen Bruttoinlandsprodukt. Verantwortlich hierfür sind unter anderem eine abnehmende Handelsintensität der chinesischen Produktion sowie zunehmende Handelshemmnisse.

Die konjunkturelle Entwicklung verläuft in den Regionen der Welt höchst unterschiedlich. Ein Treiber im Jahr 2023 waren die USA. Vor allem der private Konsum entwickelte sich hier sehr dynamisch. Für das laufende Jahr fallen die Prognosen etwas verhaltener aus. Zwar entwickeln sich die Löhne weiter stabil und im Laufe des Jahres dürften auch die Bauinvestitionen wieder anziehen. Fiskalische Impulse dürften gleichzeitig zunehmend

ausbleiben. Als Risiko wird überdies die anstehende Präsidentschaftswahl und die damit einhergehende wirtschaftspolitische Unsicherheit genannt.

Die Wirtschaft in China wuchs im Jahr 2023 zwar mit 5,2 Prozent im Vergleich zur gesamten Weltwirtschaft überdurchschnittlich schnell. Gemessen am langfristigen Trend ist dieser Wert jedoch gering. Der nach dem Ende der drastischen Corona-Beschränkungen erwartete kräftige Aufschwung bleibt weiter aus. Hauptverantwortlich für die schwächere Entwicklung ist die weiterhin schwelende Immobilienkrise. Da für diese weiterhin kein Ende in Sicht ist, dürfte sich die schwache wirtschaftliche Dynamik in China fortsetzen – zumal von staatlicher Seite keine umfassenden Konjunkturprogramme geplant sind.

Auch im Euroraum entwickelt sich die Wirtschaft schwach. 2023 konnte lediglich ein Wachstum von 0,5 Prozent verbucht werden, wobei Deutschland die Entwicklung negativ beeinflusste. Sowohl der private Konsum als auch die Ausrüstungsinvestitionen fielen als Wachstumsmotoren aus. Während auf den privaten Konsum insbesondere die hohen Preissteigerungen dämpfend wirkten, waren dies bei den Ausrüstungsinvestitionen das hohe Zinsniveau und die hohe allgemeine Unsicherheit. Für das Jahr 2024 wird nur mit einer sehr langsamen Belebung durch einen anziehenden privaten Konsum gerechnet, und auch erst überwiegend in der zweiten Jahreshälfte.

In Mittel- und Osteuropa verläuft die konjunkturelle Entwicklung ähnlich wie im Euroraum, wengleich die Energiepreiskrise in den vergangenen zwei Jahren dort noch tiefere Spuren hinterlassen hat. Für das Jahr 2024 sind die Forscher ebenfalls nur verhalten optimistisch. Zwar soll der private Konsum durch Kaufkraftgewinne der privaten Haushalte langsam wieder anspringen. Die Exporte dürften – auch aufgrund der Schwäche des Euroraums – jedoch weiterhin nur wenig zur wirtschaftlichen Erholung beitragen.

Der Ausblick für die Weltwirtschaft hat sich in den vergangenen Monaten etwas aufgehellt, bleibt aber dennoch verhalten. Aus Sicht der Institute dürfte das globale BIP nach einem Plus um 2,7 Prozent im Jahr 2023 im laufenden Jahr um 2,5 Prozent zulegen und im Jahr 2025 um 2,6 Prozent. Optimistisch stimmt die zunehmende Anwendung Künstlicher Intelligenz, die Effizienzgewinne bei vielen humankapitalintensiven Produktionsprozessen verspricht und die weltweit – vor allem aber in einigen Ländern Ostasiens und den USA – große Investitionen in die Bereiche Halbleiter und Hardware nach sich zieht.

Sorgen bereiten den Wissenschaftlern hingegen die diversen geopolitischen Konflikte im Nahen Osten, der Ukraine und weiteren Weltregionen, die große, global relevante wirtschaftliche Schäden nach sich zögen, sollten sie weiter eskalieren. Zudem steht noch nicht fest, dass die Inflationsgefahr in den USA und Europa wirklich gebannt ist. Hohe Lohnabschlüsse könnten den Inflationsdruck weiter hochhalten und ein Festhalten an der restriktiven Geldpolitik notwendig machen. Hinzu kommen weitere Unsicherheitsfaktoren. So könnte die Immobilienkrise in China die dortige Konjunktur noch stärker ausbremsen. Außerdem drohen auch im laufenden Jahr weltweit weitere handelspolitische Spannungen – insbesondere im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl in den USA.

Tabelle 1

Prognosen für ausgewählte Länder und Regionen

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gg. Vorjahr

	2023	2024	2025
EU-27	+0,5%	+0,9%	+1,8%
Frankreich	+0,9%	+0,7%	+1,4%
Italien	+1,0%	+0,6%	+1,1%
Spanien	+2,5%	+1,8%	+1,9%
Österreich	-0,7%	+0,3%	+1,6%
Polen	+0,1%	+2,7%	+3,3%
Tschechien	-0,4%	+1,0%	+2,8%
Ungarn	-0,7%	+2,4%	+3,2%
Vereinigtes Königreich	+0,1%	+0,3%	+1,5%
Russland	+3,6%	+2,5%	+1,1%
USA	+2,5%	+2,4%	+1,7%
Lateinamerika	+2,0%	+1,2%	+2,5%
Japan	+1,9%	+0,5%	+1,0%
China	+5,2%	+4,7%	+4,6%
Indien	+7,7%	+6,6%	+6,4%
Ostasien (ohne China)	+3,3%	+3,7%	+4,0%

2. Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft ist nach Ansicht der Institute „angeschlagen“, die konjunkturelle Schwäche geht mit strukturellen Schwierigkeiten einher. Die aktuelle Wirtschaftsleistung liegt kaum höher als vor der Pandemie, die Produktivität stagniert. Die von den Forschungsinstituten schon für das Winterhalbjahr 2023/2024 erwartete konjunkturelle Erholung blieb aus. Mit dieser rechnen die Forscher nun im Frühjahr 2024, die Dynamik wird

aber sehr gering sein. Für das erste Quartal 2024 wird mit einer Stagnation gerechnet, in den Folgequartalen soll das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dann um 0,2 Prozent, 0,4 Prozent und nochmals 0,4 Prozent zulegen. Im Jahresdurchschnitt ergibt dies auf Grund des niedrigen Ausgangsniveaus ein minimales Plus von 0,1 Prozent, was praktisch Stagnation bedeutet. Für das Jahr 2025 prognostizieren die Institute dann bei gleichbleibender moderater Dynamik ein jahresdurchschnittliches BIP-Wachstum von 1,4 Prozent.

Die Prognose für Deutschland steht unter folgenden Annahmen:

- Ölpreis je Barrel (Brent): 80,7 US-\$ in 2024; 75,5 US-\$ in 2025 (nach 82,5 US-\$ in 2023)
- Strompreis je MWh (Phelix): 68,7 € in 2024; 77,1 € in 2025 (nach 98,7 € in 2023)
- Gaspreis je MWh (TTF): 27,5 € in 2024; 30,3 € in 2025 (nach 40,7 € in 2023)
- Welthandel: +1,3 Prozent in 2024; +2,2 Prozent in 2025
- Wechselkurs: 1,09 US-\$ je € in 2024 und 2025
- Hauptrefinanzierungssatz der EZB: 2,90 Prozent Ende 2024; 2,15 Prozent Ende 2025

Die aktuelle Konjunkturprognose steht unter verschiedenen Risiken. Außenwirtschaftlich besteht die Gefahr weiterer geopolitischer Konflikte sowie die Zunahme von protektionistischen Maßnahmen. Im Inland stellt der politische Kurs der Bundesregierung und die Entwicklung der Krankenstände einen Unsicherheitsfaktor für die Prognose dar.

Die deutschen Exporte haben unter der weltweiten Industrieschwäche gelitten. In der Folge war vor allem die Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern gedämpft, die den Großteil des deutschen Exportportfolios ausmachen. Mit der weiteren Belebung der Weltwirtschaft sollte die Investitionsneigung zunehmen und damit auch die deutschen Exporte belebt werden. Wegen des niedrigen Ausgangsniveaus ergibt sich im Jahresdurchschnitt 2024 noch ein Minus von 1,0 Prozent, für 2025 wird ein Plus von 3,1 Prozent prognostiziert. Die Importe werden sich weitgehend im Gleichlauf der Exporte entwickeln und der Prognose zufolge im Jahr 2024 um 1,2 Prozent zurückgehen, im Folgejahr dann um 3,1 Prozent steigen.

Die Investitionsneigung in Deutschland wird vom gestiegenen Zinsniveau und von der politischen Unsicherheit gebremst. Eine nachhaltige Verbesserung ist hier nicht in Sicht. Auch von der Konjunktur sind keine Impulse zu erwarten, die Unternehmen planen vor allem Ersatzinvestitionen, kaum Erweiterungen. Für 2024 wird ein Rückgang der privaten Ausrüstungsinvestitionen um 3,2 Prozent prognostiziert, für 2025 dann bei wieder besseren Finanzierungsbedingungen ein Plus von 1,4 Prozent. Die Ausgaben aus dem Sondervermögen Bundeswehr sollten zu einem spürbaren Zuwachs bei den staatlichen Ausrüstungsinvestitionen führen. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen laut Prognose im laufenden Jahr um 1,8 Prozent sinken und im Jahr 2025 um 3,3 Prozent zunehmen.

Der Bau steckt in einer Rezession, dies gilt insbesondere für den Wohnungsbau. In diesem Bereich ist angesichts der hohen Baukosten und der schlechten Finanzierungsbedingungen keine Besserung in Sicht, die Baugenehmigungen für Wohnungen liegen um knapp ein Viertel niedriger als vor einem Jahr. Erst im kommenden Jahr ist mit einer Stabilisierung zu rechnen, nachdem die Bodenpreise zuletzt gesunken sind und die verfügbaren Einkommen

steigen. Der öffentliche Bau sollte sich hingegen positiv entwickeln. Im Tiefbau kommen Impulse vom Ausbau des Bahn-Schienennetzes und der Energienetze, im öffentlichen Hochbau ist der Auftragsbestand hoch. Insgesamt werden die Bauinvestitionen der Prognose zufolge im laufenden Jahr um 2,2 Prozent sinken, bevor sie im Jahr 2025 wieder um 1,0 Prozent wachsen werden.

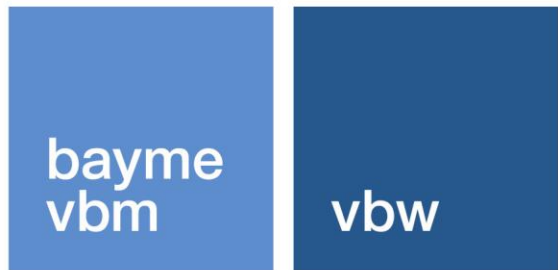
Die Konsumneigung ist nach wie vor schwach, wofür vor allem die Unsicherheit verantwortlich ist. Die Inflation hat sich hingegen deutlich abgeschwächt. Im Jahresdurchschnitt 2024 wird die Preissteigerungsrate den Instituten zufolge bei 2,3 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 1,8 Prozent. Dies hat zur Folge, dass die real verfügbaren Einkommen dank steigender Löhne und Transferzahlungen im laufenden Jahr um 0,8 Prozent und im kommenden Jahr um 0,9 Prozent zunehmen werden. Bei einer leicht rückläufigen Sparquote erwarten die Forschungsinstitute einen Anstieg des privaten Konsums um 0,9 Prozent im Jahr 2024 und um 1,3 Prozent im Jahr 2025.

Die schwache Konjunktur hinterlässt auch auf dem Arbeitsmarkt Spuren. Die Beschäftigung wird im laufenden Jahr nur noch geringfügig steigen, im Verlauf des kommenden Jahres wird dann die demografische Entwicklung zu einer Umkehr der positiven Entwicklung führen. Im Jahresdurchschnitt 2025 ergibt sich der Prognose zufolge noch ein leichtes Plus von 6.000 Erwerbstätigen, nach +184.000 im Jahresdurchschnitt 2024. Infolge einer unterstellten Rückkehr des Krankenstands zum langfristigen Trend bis Ende 2025 wird das Arbeitsvolumen in den Jahren 2024 und 2025 merklich zunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird der Prognose zufolge in der ersten Jahreshälfte 2024 weiter steigen, danach wieder moderat sinken. Im Jahresdurchschnitt 2024 wird die Zahl der Arbeitslosen bei 2,694 Millionen liegen, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,8 Prozent. Im kommenden Jahr soll die Arbeitslosigkeit dann auf 2,581 Millionen bzw. eine Quote von 5,5 Prozent sinken.

3. Wirtschaftspolitische Empfehlungen

Die Forschungsinstitute äußern sich diesmal sehr knapp zur Wirtschaftspolitik. Sie empfehlen eine behutsame Reform der Schuldenbremse. Dabei sprechen sie sich für den Vorschlag der Bundesbank aus. Dieser sieht vor, die zulässige konjunkturbereinigte Defizitquote von 0,35 auf 0,5 Prozent zu erhöhen, sofern die gesamtstaatliche Bruttoschuldenstandsquote unter 60 Prozent liegt. Die Defizitquote soll um weitere 0,5 Prozentpunkte höher ausfallen können, sofern damit Nettoinvestitionen finanziert werden. Liegt die Schuldenstandsquote über 60 Prozent, bleibt die zulässige Defizitquote bei 0,35 Prozent. Nettoinvestitionen des Bundes von bis zu 0,15 Prozent des BIP können dann noch über zusätzliche Kredite finanziert werden.

Zudem sollte nach einer gesamtwirtschaftlichen Notlage der Übergang zur regulären Defizitbegrenzung nicht länger abrupt, sondern stufenweise erfolgen. Wie der Name des aktuellen Gutachtens sagt, sehen die Forscher in einer Reform der Schuldenbremse aber kein Allheilmittel für den Standort Deutschland.



Wichtiger ist aus Sicht der Wissenschaftler eine Neugestaltung der Finanzverfassung (Föderalismusreform III). Kommunale Investitionen müssen von kurzfristigen Haushaltsnotlagen ausgenommen werden. Zum Beispiel ließen sich die Einnahmen der Kommunen durch einen Hebesatz auf die Einkommenssteuer anstelle der Gewerbesteuer weniger konjunkturreagibel gestalten.

4. Zur Bedeutung der Migration für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland

Obwohl die Geburtenraten in Deutschland seit vielen Jahren niedriger liegen als die Sterberaten, stieg die Bevölkerung seit 1991 um vier Millionen Personen an. Dieses Wachstum ist ausschließlich auf Zuwanderung zurückzuführen, die neben dem reinen Bevölkerungswachstum auch zu einer Stabilisierung des Arbeitsmarkts führte.

Zu unterscheiden sind dabei zwei verschiedene Arten der Migration. Einerseits gibt es die Fluchtmigration und ein damit einhergehender Asylstatus, der den Zugang zum Arbeitsmarkt für die Betroffenen erst stark verzögert ermöglicht. Auf der anderen Seite gibt es die Arbeitsmigranten, die häufig deutlich schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden,

Über die Aufenthaltsdauer hinweg steigt bei beiden Gruppen der Anteil der Vollzeitbeschäftigten stetig an, während vor allem der Anteil der geringfügig Beschäftigten und der Anteil der Personen in Ausbildung zurückgeht. Gleichzeitig steigt auch der Anteil der Selbstständigen unter den Erwerbstätigen an. Die Beschäftigungsquote unter ausländischen Personen liegt insgesamt aber unter dem Durchschnittswert der Gesamtbevölkerung. Bei Ausländern mit einem Aufenthalt länger als sieben Jahre liegt die Erwerbstätigenquote bei 62 Prozent, in der der Gesamtbevölkerung liegt sie bei 80 Prozent. Zurückzuführen ist das unter anderem auf geschlechtsspezifische Unterschiede. Ausländische Männer haben eine deutlich höhere Erwerbstätigenquote (75,6 Prozent) als Frauen (28,6 Prozent).

Die deutsche Wirtschaft ist auf die Migration angewiesen, da die Anzahl der deutschen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückgeht. Neue Höchststände in der Beschäftigung sind somit nur durch Einwanderung möglich. Dabei sind Ausländer meistens in geringer qualifizierten Jobs tätig. Der Anteil der Helfer unter ausländischen Beschäftigten ist fast drei Mal höher (36 Prozent) als unter deutschen Beschäftigten (13 Prozent). Unter Ausländern aus den Asylherkunftsländern¹ liegt die Quote der Helfer bei fast 50 Prozent. Fachkräfte hingegen sind unter ausländischen Beschäftigten deutlich unterrepräsentiert. Sie machen unter den deutschen Beschäftigten 16 Prozent aus, unter allen Ausländern acht Prozent und unter denen aus Asylherkunftsländern vier Prozent. Der Medianlohn liegt bei Geflüchteten deutlich unter dem Durchschnittslohn der Gesamtbevölkerung.

¹Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien

Tabelle 2
Eckdaten der Prognose für Deutschland

Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent, sofern nicht anders angegeben

				2024		2025	
	2023	2024	2025	1.HJ	2.HJ	1.HJ	2.HJ
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	+0,1	+1,4	-0,4	+0,7	+1,2	+1,6
Privater Konsum	-0,7	+0,9	+1,3	+0,5	+1,2	+1,2	+1,4
Staatlicher Konsum	-1,5	+1,4	+1,2	+1,8	+1,1	+1,2	+1,2
Ausrüstungsinvestitionen	+3,0	-1,8	+3,3	-2,7	-0,9	+1,9	+4,6
Bauinvestitionen	-2,7	-2,2	+1,0	-3,5	-1,0	+0,3	+1,7
Sonstige Anlageinvestitionen	-0,6	+0,9	+1,8	+0,9	+0,9	+1,2	+2,3
Exporte	-2,2	-1,0	+3,1	-2,9	+0,8	+2,3	+3,7
Importe	-3,4	-1,2	+3,1	-3,1	+0,8	+2,3	+3,7
Exportüberschuss, nominal in Mrd.€	171,5	183,7	195,0	100,2	83,5	106,4	88,6
Produktivität je Stunde	-0,7	-0,3	+0,6	-0,3	-0,3	+0,6	+0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,3	+0,1	+0,8	-0,5	+0,6	+0,5	+1,1
Unternehmens- u- Vermögenseink.	+6,3	-7,2	+2,1	-8,2	-6,3	+2,4	+1,8
Arbeitnehmerentgelt	+6,7	+5,2	+3,6	+6,1	+4,5	+3,2	+4,1
Bruttolöhne u. -gehälter	+7,0	+5,1	+3,5	+6,0	+4,3	+2,9	+4,0
.....je Beschäftigten	+6,1	+4,6	+3,4	+5,5	+3,8	+2,7	+4,1
Sparquote (in % des Einkommens)	11,4	11,2	10,8	12,2	10,3	11,7	10,0
	2023		2024		2025		
Verbraucherpreise	+5,9		+2,3		+1,8		
Erwerbstätige im Inland (in Mio.)	45,933		46,117		46,123		
Arbeitslose (in Mio.; BA-Definition)	2,609		2,694		2,581		
Arbeitslosenquote (BA-Definition)	5,7%		5,8%		5,5%		

Ansprechpartner

Volker Leinweber, Elias Kerperin

Abt. Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-133 / -422

volker.leinweber@vbw-bayern.de elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de